

V0897/23

Bericht Familienplanungsfonds 01.11.2020 bis 30.06.2023
- mündlicher Bericht von Frau Anja Assenbaum

Antrag:

Der Bericht über den Familienplanungsfonds wird bekanntgegeben.

Beirat für Gleichstellungsfragen	09.11.2023	Bekanntgabe
Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	16.11.2023	Bekanntgabe

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 16.11.2023

Frau Assenbaum bedankt sich beim Sozialreferat für die gute Zusammenarbeit und das Engagement und berichtet ausführlich anhand einer Präsentation. Die Präsentation liegt den Stadträten vor.

Stadträtin Segerer bedankt sich für den ausführlichen Bericht und erwähnt, dass die Zahlen super aufbereitet seien. Sie ist der Meinung, dass der Familienplanungsfonds sinnvoll sei und es entstehe nicht der Eindruck, dass das Angebot ausgenutzt werde. Stadträtin Segerer möchte wissen, welche Formate geprüft werden sollen und was mit der Aufnahme von Sonderfällen gemeint sei.

Frau Assenbaum erklärt, dass das Thema Missbrauch von Anfang an beobachtet worden sei. Bezüglich der Leistungen teilt sie mit, dass man nicht feststellen konnte, dass jemand in einem viel zu hohem Umfang Leistungen beantragt habe. Bei den neuen Formaten gehe es im Wesentlichen um das Thema Öffentlichkeitsarbeit, um zu schauen, wo welche Möglichkeiten genutzt werden können. Vor zwei Jahren sei das Thema Informationen im öffentlichen Nahverkehr besprochen worden, doch während Corona habe man sich dagegen entschieden, da der Kostennutzen vermutlich nicht zusammengepasst hätte, weil die Busse zu schlecht genutzt waren. Man sei aber immer sowohl Verwaltungsintern als auch mit den Beratungsstellen im Austausch, um zu schauen, wo möglicherweise Zielgruppen übersehen werden und dann die entsprechende Maßnahme ergreifen zu können. Bezüglich der Sonderfälle teilt Frau Assenbaum mit, dass es immer wieder eine bestimmte Gruppe gebe, die nicht berücksichtigt werden können, dennoch müsse auch die Haushaltslage im Blick behalten werden. Zwischenzeitlich habe man auch über das Thema Zweitwohnsitz bei Studierenden diskutiert, denn da es sei z. B. von der KUE die Rückfrage gekommen, dass es sehr schade sei, wenn man in Ingolstadt zwar ein tolles Angebot habe, das aber nicht genutzt werden könne, wenn man nicht im BAföG-Bezug sei oder hier nicht den ersten Wohnsitz habe.

Stadtrat Ettinger möchte wissen, auf wie viele Personen diese 19.000 Euro verteilt werde.

Frau Assenbaum denkt, dass dies auch in der Sitzungsvorlage verarbeitet sei, denn diese Frage habe man sich verwaltungsintern auch gestellt.

Frau Romina Müller teilt mit, dass insgesamt von 214 Personen Erstanträge gestellt worden seien und von 62 Personen 150 Wiederholungen.

Stadtrat Ettinger hakt nach, ob die 19.000 Euro durch 219 Personen geteilt werden.

Frau Romina Müller erklärt, dass die 19.031,32 Euro durch 276 Personen geteilt werde.

Stadtrat Niedermeier fragt nach, ob Sozialleistungen doppelt bezogen worden seien.

Herr Fischer verneint dies.

Frau Assenbaum führt aus, dass aus dem Bürgergeld keine Verhütungsmittel übernommen werden. Bevor es den Familienfond in Ingolstadt gegeben habe, hat der Bezirk Oberbayern insbesondere für Bewohner von Einrichtungen die Leistungen nach dem SGB 12 die Verhütungsmittel übernommen. Dies sei allerdings ab dem Moment als der Familienfond gegründet wurde eingestellt worden.

Stadtrat Niedermeier möchte wissen, ob es bezüglich der Namensgebung des Familienplanungsfonds Überlegungen gebe.

Frau Assenbaum informiert, dass man im Austausch mit den Beratungsstellen sei und man habe sich vor drei Jahren für den Begriff Familienplanungsfonds entschieden und nicht für Verhütungsmittelfond. Auch wenn manche schlechte Deutschkenntnisse haben und mit dem Begriff Familienplanungsfonds nicht so viel anfangen können. Man habe sich bewusst für diesen Namen entschieden, da nicht das Verhüten von Schwangerschaften in den Vordergrund gestellt werden sollte, sondern dass jede Frau und jeder man selbst entscheiden können wann sie Kinder wollen und wann nicht. Des Weiteren teilt Frau Assenbaum mit, dass sich mittlerweile auch weitere Kommunen für diesen Weg entschieden haben. Um auf den Familienplanungsfonds weiterhin aufmerksam zu machen, gebe es die Möglichkeit Vorträge zu halten oder auch in den Gremien und Beratungsstellen soll informiert werden. Als weitere Werbemaßnahme gebe es die Kondome, die mit einem QR-Code versehen seien, um direkt auf die Homepage zu gelangen und damit auch zum Antrag. Des Weiteren sei man auch in Kontakt mit Apotheken und Ärzten.

Bürgermeisterin Kleine erteilt einem Gast (Leiter der Beratungsstelle für Schwangere der pro Familia Ingolstadt) das Wort.

Der Leiter der Beratungsstelle für Schwangere bedankt sich für diesen Fond, denn dieser sei sehr gut ausgestaltet und erleichtere die Arbeit.

Der Bericht wurde bekanntgegeben.